

# SPD/PUL und Grüne/FWG fordern Schulentwicklungsplan

Räumlichkeiten sollen auch Erwachsenenbildung dienen oder für Kulturveranstaltungen genutzt werden



Die Mehrheitsgruppe im Samtgemeinderat will einen Schulentwicklungsplan. Ein Antrag ist dafür nun gestellt. Foto: archiv

**Samtgemeinde Brome** – Die Mehrheitsgruppe aus SPD/PUL und Grüne/FWG sieht hohen Handlungsbedarf an den Schulen in der Samtgemeinde Brome. So drängen die Ratsmitglieder darauf, dass nicht nur alle Grundschulstandorte erhalten bleiben sollen – es soll künftig auch einen Schulentwicklungsplan geben.

Sie sehen bei der Instandsetzung und Modernisierung der Gebäude und deren Umfeld jahrelange Versäumnisse. Neue Anforderungen wie die Digitalisierung hätten zudem zu einem Sanierungsstau geführt. Die Gruppe verweist darauf, dass für die Bewältigung die derzeit noch offenen Stellen in der Verwaltung besetzt werden müssen. Nur so könnten unter anderem die bereits in 2021 bereitgestellten Mittel für die Sanierung des Schulzentrums Rühren noch in diesem Jahr verbaut werden.

Die Erstellung eines Schulbedarfsplans (analog zum Feuerwehrbedarfsplan) muss laut der Gruppe noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Peter Albrecht merkte an, dass es in der Vergangenheit keinen Bedarfsplan für die

Schulen gegeben habe. Hierzu hat die Mehrheitsgruppe einen Antrag im Samtgemeinderat gestellt.

Auch für die sich an die Grundschulen anschließenden Schulformen (Sekundarstufe I) solle es ein Zukunftskonzept für die Samtgemeinde geben. „Leider läuft hier eine Klage auf Übernahme der Trägerschaft für die Sekundarstufe I durch den Landkreis bereits seit 2018“, bedauert die Gruppe. Unabhängig von der Klage sollten Gespräche mit dem Landkreis und den angrenzenden Gebietseinheiten geführt werden, um endlich zukunftsorientiert handlungsfähig zu sein und Klarheit für Eltern und Schüler zu haben, so Jürgen Bammel. Auch eine Verbesserung der Schülerbeförderung soll beim Landkreis eingefordert werden.

Zudem möchte die Gruppe aus SPD/PUL und Grüne/FWG, in Abstimmung mit den Schulen, die hiesigen Gebäude stärker für Erwachsenenbildung, Kulturveranstaltungen und Seniorenveranstaltungen öffnen.